

Rede zu Top 4 STVV Antrag BFB Darstellung der kommunalen Interessen bei dem Freihandelsabkommen (TTIP) von Doris Sterzelmaier

Sehr geehrte Frau Heimann,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ziel der derzeit in der Diskussion stehenden Freihandelsabkommen wie z.B. TTIP (= *Transatlantische Handels- u. Investitionspartnerschaft*) sind umfassende Vereinbarungen, die eine breite Palette von Handels- und Investitionsthemen regeln indem unterschiedliche Standards und Rechtsvorschriften in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft und **des öffentlichen Sektors gegenseitig anerkannt oder angeglichen werden.**

Unter Punkt 4 des geplanten Abkommens steht: „Die sich aus dem Abkommen ergebenden Pflichten werden **auf allen staatlichen Ebenen bindend** sein.“ Betroffen sind so unterschiedliche Bereiche wie Gentechnik, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Investitionsschutz, Finanzmärkte, Datenschutz oder das öffentliche Beschaffungswesen.

Unter Punkt 23 steht: **Das Investitionsschutzkapitel des Abkommens sollte von allen Behörden und sonstigen Stellen auf subzentraler Ebene (zum Beispiel Staaten oder Gemeinden) eingehalten werden.**

Somit werden wir in Bensheim direkt betroffen sein, von den Auswirkungen der Freihandelsabkommen.

Es gibt eine berechtigte **Sorge**, dass diese Handelsabkommen eine Hintertür für das **Zurückschrauben von sozialen und ökologischen Standards zulasten des Gemeinwohls** öffnen.

Wir teilen diese Sorgen.

Der **Investorenschutz** bedroht die Gemeinden. Einführung oder Änderung von Steuern und Konzessionsabgaben, Sperrung von Straßen und andere hoheitliche Maßnahmen können mit Aussicht auf Erfolg vor den privaten Schiedsgerichten angegriffen werden, wenn nur ein negativer Einfluss auf die Gewinnerwartungen eines internationalen Investors dargestellt werden kann.

Die Rechtsprechung dieser Gerichte erfolgt nicht auf der Basis demokratisch legitimierter Gesetze, sondern in juristisch freier Auslegung der Vertragsklauseln. Durch die Einführung von **Investor-Staat-Schiedsgerichts-verfahren** droht die Gefahr, dass künftig Unternehmen **nationale Rechtssysteme unterlaufen** können.

Unter Punkt 25. steht: „Ziel des Abkommens wird der Abbau unnötiger Handels- und Investitionshemmnisse“.

Im Bereich der Landwirtschaft und der Lebensmittelerzeugung wird das Freihandelsabkommen zwischen der USA und der EU vor allem von großen Wirtschaftsunternehmen als Möglichkeit gesehen, Standards abzusenken und beispielsweise Gentechnik-Lebensmittel hier einzuführen. In Bensheim haben wir

einen Beschluss gefasst. **In der STVV im März 2012 haben wir beschlossen**, bei Neuverpachtung unserer landwirtschaftlichen Flächen wird auf die Verwendung gentechnisch veränderten Saatgutes und der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verzichtet. Kann solch ein Beschluss dann noch aufrecht erhalten werden oder muss die Stadt mit Klagen rechnen?

Sind zukünftig alle Stadtverordnetenbeschlüsse dahingehen zu prüfen, ob sie im Widerspruch zum Freihandelsabkommen stehen und negative Folgen für die Stadt nach sich ziehen könnten?

Im gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände heißt es: **„Kommunale Selbstverwaltung** heißt auch Organisationsfreiheit der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge.“ „Freihandelsabkommen bergen jedoch auch erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Beeinträchtigungen dieser ...müssen ausgeschlossen werden.“

und an anderer Stelle:

„Marktzugangsverpflichtungen im Rahmen von Freihandelsabkommen, wie sie im TTIP vorgesehen werden sollen, sind jedoch geeignet, die kommunale Organisationsfreiheit auszuhöhlen.“

Als Grüne wollen wir weiterhin die kommunale Selbstverwaltung sichergestellt sehen und keine Einschränkung durch Transatlantische Freihandelsabkommen.

Mit dem Thema haben wir uns bereits befasst. GLB und CDU haben jeder bereits zu eine öffentliche Informationsveranstaltungen in Bensheim eingeladen. Durch die Ausführungen der Spitzenverbände, die dem Antrag beigelegt wurden und die nachgelieferten Informationen der Verwaltung, sehen wir **keine Notwendigkeit**, daß der Magistrat die Vertreter der Spitzenverbände nach Bensheim einlädt, um ihre Positionen, die sie in Ihrem Schreiben schon dargelegt haben, nochmals darzulegen.

Mit unserem Antrag heute wollen wir, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Interessen der Gemeinden und Städte aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung berücksichtigt werden.

Mit diesem Antrag wollen wir auch unsere kommunalen **Spitzenverbände unterstützen**. Während sich einzelne Unternehmen und Branchen durch TTIP Wachstumsimpulse erhoffen, befürchten viele Organisationen ein Dumping sozialer und ökologischer Standards. **Wir sind überzeugt – nur fairer Handel ist freier Handel**. Was auf den ersten Blick vorteilhaft für alle klingt, entpuppt sich an vielen Stellen als Mogelpackung, die **vor allem den Interessen der internationalen Konzerne dienen soll und nicht den Menschen in Europa und den USA**.

Daher wollen wir die Interessen der Kommunen auf Selbstbestimmung stärken und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.